



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 23.04.2015, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Deponie "Am Lemberg"
- mündlicher Bericht durch Herrn Tschackert, AVL
Ludwigsburg

Beratungsverlauf:

Nach seiner Begrüßung und der Einführung in die Tagesordnung übergibt BM **Ilk** das Wort an Stadträtin **Liepins**, die den Antrag Vorl. Nr. 002/15 erläutert und begründet. Anschließend berichtet Herr **Tschackert** von der Abfallverwertung Ludwigsburg (AVL) über die geplanten Maßnahmen zur Abdichtung der ehemaligen Deponie „Am Lemberg“. Er beginnt in seiner Präsentation (siehe Anlage zur Niederschrift) mit einer Luftbilddaufnahme der Deponie, in der sowohl der Altteil ohne Basisabdichtung als auch der Neuteil mit Basisabdichtung gekennzeichnet sind. Er erläutert den Aufbau der Abdichtung und berichtet über die Ausgangslage hinsichtlich Sickerwasseraufkommen, Grundwasserverunreinigung und forstwirtschaftlicher Beurteilung des Deponiewaldes. Tatsächlich seien bislang lediglich rund 5 von insgesamt rund 15 Hektar mit einer Oberflächenabdichtung versehen worden. Anschließend erläutert er Möglichkeiten und Kosten der Sickerwasserbehandlung im Vergleich zur Oberflächenabdichtung, bei der durch ein besonderes Belüftungsverfahren der Deponieabschluss noch beschleunigt werden könne. Darüber hinaus gebe es für diese Deponiebelüftung Möglichkeiten zur Förderung im Rahmen der „Nationalen Klimaschutzinitiative“. Herr Tschackert informiert darüber, dass für die Nachsorgekosten Rückstellungen gebildet worden seien. Eine eventuell darüber hinaus notwendig werdende Nachfinanzierung erfolge über die AVL-Gebühren.

Stadträtin **Liepins** bedankt sich auch im Namen ihrer Fraktion für den Bericht. Sie bedauert, dass es die Alternativen, auf die man gehofft habe, wohl nicht gäbe. Den Erläuterungen von Herrn Tschackert habe sie entnommen, dass vor der Aufbringung der Folie zunächst die Belüftung erfolgen müsse, da es andernfalls zu Rissen durch Setzungen kommen könne. Gedanken mache sie sich deshalb um den zeitlichen Horizont für die Wiederaufforstung und über die Lebensdauer der Folie. Außerdem erkundigt sie sich, ob die angegebenen Kosten in Höhe von 13 Mio. Euro die Aufforstung beinhalteten.

Stadträtin **Steinwand** möchte wissen, ob die Maßnahme in Teilabschnitten durchgeführt werde und ob die Firmen zur Finanzierung herangezogen werden könnten. Ihre letzte Frage gelte der Wiederverwendung des Holzes aus den abgeholzten Wäldern.

Auf die Bitte von Stadträtin **Burkhardt** sagt Herr **Tschackert** zu, dass die Präsentation den Mitgliedern des Gemeinderates zur Verfügung gestellt werde. Nachfolgend geht er auf die Fragen des Gremiums ein und betont dabei, dass bisher abgewartet worden sei, in der Hoffnung, dass die Sickerwasserverbreitung nachlasse. In diesem Falle hätte auf eine Abholzung verzichtet werden können. Nun stellten sich diese Maßnahmen aber doch als unumgänglich dar. Auf die Wiederverwendungsmöglichkeiten des Holzes werde geachtet und die Aufforstung erfolge auf jeden Fall zeitgemäß und insofern unabhängig von den Kosten. Die Folie, der eine Lebensdauer von 100 Jahren bescheinigt werde, bestehe aus mehreren Schichten. Allerdings könne mit der Abdichtung erst begonnen werden, wenn die Belüftungszeit von fünf bis sechs Jahren abgeschlossen sei. Es sei geplant, die Maßnahme in Teilabschnitten von je ca. 2 Jahren durchzuführen um so den Eingriff für die

Freizeitnutzung zu minimieren. Gänzlich könne dieser jedoch nicht vermieden werden. Die Kosten für die Aufforstung seien in den genannten Kosten enthalten und er gehe auch nicht davon aus, dass es zu einer Gebührenerhöhung komme. Schadenersatzforderungen gegenüber den Verursachern gingen schon deshalb ins Leere, da es sich um Ablagerungen in einer geordneten Deponie handle.

Abschließend sagt BM **Ilk** zu, künftig regelmäßig über die Entwicklungen an der Deponie zu informieren um die Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt auf dem Laufenden zu halten.

TOP 1.1

Frühere Deponie am Lemberg
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2015

Vorl.Nr. 002/15

Beratungsverlauf:

Der Antrag der SPD-Fraktion, Vorl. Nr. 002/15, ist mit dem Bericht von Herrn Tschackert erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.

TOP 2

Sanierung Carl-Goerdeler-Straße
- Bau- und Vergabebeschluss

Vorl.Nr. 134/15

Beschluss:

Baubeschluss

Die Carl-Goerdeler-Straße wird im Zusammenhang mit der Sanierung der Ver- und Entsorgungsleitungen nach den Plänen des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen instandgesetzt.

Die Gesamtkosten in Höhe von 295.000,- € (brutto) werden genehmigt.

Vergabebeschluss

Die Firma Klöpfer, Talaue 5, 71634 Winnenden erhält auf der Grundlage ihres Angebotes vom 31.03.2015 den Auftrag zur Durchführung der Sanierungsarbeiten in der Carl-Goerdeler-Straße.

Die Vergabesumme beträgt:

| | |
|-------------------------------|-------------------------------------|
| Angebotssumme | 277.294,40 € |
| + Unvorhergesehenes ca. 6,4 % | <u>17.705,60 €</u> |
| Vergabesumme | <u>295.000,00 €</u> (brutto) |

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 23.04.2015

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (beruflich verhindert)

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Nachfrage von BM **Ilk** verzichtet das Gremium auf ergänzenden Sachvortrag und auf Aussprache, so dass er die Vorl. Nr. 134/15 zur Abstimmung aufruft.

TOP 3 Mathildenstraße 25 (ehemalige Silcherschule)
- Vergabe Elektroarbeiten

Vorl.Nr. 028/15

Beschluss:

Der Vergabe der Elektroarbeiten für die Brandschutzertüchtigung am Gebäude Mathildenstraße 25 (ehemalige Silcherschule) wird zugestimmt.

| | Gewerk | Firma | Verfügte Summe inkl. 19 % MwSt. (Auftragssumme + 10 %) |
|----|-----------------|---|--|
| 1. | Elektroarbeiten | Fa. Elektro Kaya Großbottwarer Str. 1 74395 Mundelsheim | 244 000,- EUR |

Das Gremium wird informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (beruflich verhindert)

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt bitte Stadträtin **Burkhardt** um eine Vorlage, in der Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 23.04.2015

die Planungen zur Zusammenführung der Schulen in der Oststadt dargestellt sind.

Stadtrat **Link** bemerkt kritisch, dass unter den Bietern keine Ludwigsburger Firmen seien, sodann lässt BM **Ilk** über die Vorl. Nr. 028/15 abstimmen.

TOP 4 Radroutenkonzept 2025
- Vorstellung der vertieft untersuchten Routen 3A
(Martin-Luther-Straße - Kurfürstenstraße - August-Bebel-
Straße) und 2 (Marbacher Straße)
- mündlicher Bericht des Planungsbüros Kölz

Beratungsverlauf:

Professor **Kölz** stellt die Ergebnisse der vertieften Untersuchungen der Radrouten 2, 3A und 3B vor. In seiner Präsentation schafft er zunächst einen Überblick über den aktuellen Entwicklungsstand des Radroutenkonzeptes. Einen wichtigen Beitrag habe dazu der Workshop vom April 2014 mit den sich daraus ergebenden Anregungen geleistet. Professor Kölz warnt vor der Annahme, die Aufstellung des Radroutenkonzeptes gehe Hand in Hand mit dessen Umsetzung, weshalb eine Priorisierung erforderlich sei. Zu diesem Zweck seien von seinem Büro zunächst die Hauptradrouten 2 und 3 A beziehungsweise 3 B konkretisiert worden. Mit der Route 2 entlang der Marbacher Straße könne ein durchgängiges Radrouten-Angebot in beide Richtungen geschaffen werden. Da die Realisierung weitestgehend innerhalb der bestehenden Fahrbahnen und dadurch ohne erhebliche bauliche Eingriffe möglich sei, gehe man von einem kostenminimierten Ansatz aus. Vor diesem Hintergrund seien graduelle Abweichungen von den Richtlinien „Radweg“ notwendig. In der Regel könne die Route aber als Radfahrstreifen mit einer Breite von 1,75 m bis 2,50 m und teilweise als kombinierte Busspur umgesetzt werden. Geringe bauliche Eingriffe seien lediglich im westlichen Routenabschnitt erforderlich. Zur Verdeutlichung des vorgesehenen Routenverlaufs und der geplanten Maßnahmen zeigt Professor Kölz Situationsbilder und Schnitte des Bestandes und der Planung. Das Ergebnis der Konkretisierungsplanung sei demnach, dass sich die Route 2 für eine zeitnahe Umsetzung der ersten von zehn Routen ohne hohen baulichen und finanziellen Aufwand empfehle. Weiter konkretisiert worden sei außerdem die Hauptroute 3A und optional 3B im Bereich August-Bebel-Straße und Kurfürstenstraße / Martin-Luther-Straße. Aufgrund ihrer Nähe zur Schule werde die Weiterverfolgung der Variante 3A empfohlen wobei sich die Kosten der beiden Untervarianten nicht wesentlich unterschieden.

BM **Ilk** verweist auf die Beratungen, die noch in den jeweiligen Fachgremien stattfinden würden und eröffnet die Aussprache.

Die Fahrradrouen müssen sicher sein, betont Stadträtin **Kreiser**. Bei der Marbacher Straße handle es sich um eine Hauptverkehrsachse, deshalb müsse die Busspur unbedingt erhalten bleiben. Insgesamt aber halte sie die Reduzierung von Fahrspuren an dieser Stelle für bedenklich. Viel Verkehr sei auch in der August-Bebel-Straße, weshalb sie bei einer kombinierten Spur Bedenken hätte, ebenso bei den wegfallenden Stellplätzen. Sie plädiert deshalb dafür, die Variante 3B im Auge zu behalten. Voraussetzung sei allerdings die Schaffung einer Querungsmöglichkeit.

Stadträtin Dr. **Knoß** freue sich, dass die Umsetzung endlich näher rücke. Zur Route 2 in der Marbacher Straße merke sie an, dass ein Radweg unbedingt in beide Richtungen notwendig sei. Dies würde auch eine Verbesserung für die Fußgänger darstellen. Dabei hält sie eine kombinierte Spur für den Bus- und den Radverkehr durchaus für denkbar. Für die Umsetzung der Route 3 A müsste ihrer Ansicht nach die sehr schmale August-Bebel-Straße verbreitert werden. Darüber hinaus bewertet sie die weiteren Umsetzungsvorschläge, die sie insgesamt für sehr gut ausgearbeitet hält, so dass sie nun auf deren baldige Umsetzung, eventuell auch in Teilabschnitten, hoffe.

Stadtrat **Juranek** äußert Bedenken hinsichtlich der Radroute 2 entlang der Marbacher Straße. Vor allem stadteinwärts stau sich der Verkehr dort jetzt schon. Bei einer Reduzierung der Fahrspuren würde sich diese Situation noch verschlechtern. Da bei der Variante B der Route 3 eine Brücke oder ein Tunnel notwendig werden würde, spricht er sich dafür aus, eher die Variante 3A weiter zu verfolgen.

Zur Vermeidung größerer Staus in der Marbacher Straße schlägt Stadtrat **Remmele** vor, dort mit einer Wechselspur zu arbeiten, so dass morgens zwei Spuren stadteinwärts und abends zwei Spuren stadtauswärts führten. Bei der Variante 3B sieht er die Gefahr, dass der Abschnitt entlang der Asperger Straße schlecht angenommen werde, weil sie zu steil sei. Stattdessen solle die Bismarckstraße als Alternative geprüft werden.

Die Umsetzung der Route 2 beurteilt Stadträtin **Burkhardt** positiv. Ihr scheine es vernünftig, auf beiden Seiten entlang der Marbacher Straße ein Radweg zu haben, der durchaus als Kombispur vom Bus genutzt werden könne. Die Umsetzung der Variante 3A hingegen sehe sie eher kritisch, da die notwendigen baulichen Maßnahmen die Umsetzung erschwerten und teuer machten. Wohingegen die Variante 3B nicht aus den Augen verloren werden sollte, da vor allem die Eglosheimer Schüler heute schon die Bismarckstraße für den Radverkehr nutzten. In der Kurfürstenstraße müsse die Geschwindigkeit aber unbedingt auf 30 km/h beschränkt werden, da andernfalls ein Radverkehr dort nicht möglich sein.

Stadträtin **Liepins** macht deutlich, dass ein Radweg auf Kosten der Spurbreite auf der Neckarbrücke praktisch undenkbar sei. Die Verkehrssituation werde in diesem Bereich zu eng und der Bus könne nicht mehr überholt werden.

Es sollte nun möglichst schnell begonnen werden, da noch Vieles zu tun sei, stellt Stadtrat **Gericke** fest. Dabei denke er vor allem an Fragen wie die Fortführung der Route 2 entlang der Bottwartalstraße, die beengten Verhältnisse auf der Neckarbrücke oder die Verkehrsregelung am Schillerdurchlass, wo er einen Kreisverkehr für die beste Lösung für alle Verkehrsteilnehmer halte. Für ihn habe die Variante 3A Priorität, wobei er rät, die Route 3B nicht aus den Augen zu verlieren. Abschließend lobt er die gute Idee der gemeinsamen Radtour mit den Mitgliedern des Gemeinderates.

Stadtrat **Rothacker** schließt sich den geäußerten Bedenken hinsichtlich der fehlenden Breite auf der Neckarbrücke und den zunehmenden Staus in der Marbacher Straße für den Fall an, dass eine zusätzliche Radspur angelegt werden sollte. Außerdem erkundigt er sich nach den geschätzten Kosten für die Route 2.

In der weiteren Diskussion stellt das Gremium noch verschiedene Erwägungen hinsichtlich der Einführung von Tempo 30 für mehr Sicherheit, die Gefährdung durch eine Radwegführung auf Gehwegen vor allem auch bei zunehmendem Pedelec-Verkehr und weiterer Aspekte an.

Die Bitte von Stadtrat **Juranek**, Einsicht in die Planung für die Baumaßnahmen an der Neckarbrücke erhalten zu können, beantwortet BM **Illk** mit dem Hinweis, dass es sich dabei um ein Bauvorhaben des Regierungspräsidiums handle. Herr **Nestmann** (FB Stadtplanung und Vermessung) ergänzt, dass die Brücke tatsächlich sehr schmal sei und sich die Situation deshalb auch durch die Sanierung nicht wesentlich verbessere. Denkbar wäre unter Umständen eine Spur für zwei PKWs oder einen LKW. Genau wie für die Radwegführung müsse aber auch hierfür noch eine detaillierte Prüfung erfolgen.

Anschließend beantwortet Professor **Kölz** die noch offenen Fragen. Dabei informiert er über die Festlegung des Gesetzgebers, wonach Kombispuren für Bus- und Radverkehr zulässig seien. Für Ludwigsburg ergebe sich daraus eine Chance, die genutzt werden sollte. Seiner Auffassung nach reiche in der Marbacher Straße die Mehrspurigkeit im Bereich der Knotenpunkte aus, um weitere Verkehrsstaus zu vermeiden. Im Bereich der August-Bebel-Straße müsse die Situation jedoch noch geprüft werden. Er weist darauf hin, dass die Einführung von Tempo 30 nicht automatisch und überall den Radweg ersetze. Dies sei vielmehr abhängig vom Verkehrsaufkommen und der Verträglichkeit. Abschließend sagt Professor Kölz zu, die Hinweise aus der Mitte des Gremiums mitzunehmen, macht gleichzeitig aber deutlich, dass ein zusätzliches Angebot für Fahrradfahrer automatisch zu Lasten anderer Verkehrsteilnehmer gehe.

Beschluss:

Die Verwaltung schlägt vor, zur Förderung des ÖPNV, die nördliche Busbucht am Schorndorfer Tor zugunsten einer Straßenrandhaltestelle aufzugeben, die gewonnene Fläche dem Seitenbereich (Gehweg) zuzuschlagen, die gesamte Fläche zu sanieren, eine Buswartehalle aufzustellen und sie mit einem behindertengerechten Bordstein zu versehen.

Beschluss:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ja 11 Nein 4 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Nestmann** (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert die Vorl. Nr. 124/15 und zeigt Bilder anderer Buswartestellen in Ludwigsburg. Außerdem definiert er anhand eines Plans die verkehrliche Situation, wie sie ursprünglich war und was daran im Rahmen des Feldversuchs geändert wurde. Die Erkenntnisse daraus mündeten in dem Vorschlag, zusätzlich den Fußgängerüberweg leicht zu verlegen um damit mehr Sicherheit für die Fußgänger und gleichzeitig mehr Platz für die Wartenden und einen behindertengerechten Bordstein schaffen zu können. Allerdings müsse dafür in Kauf genommen werden, dass es in den Spitzenzeiten morgens und abends zu einem Rückstau käme.

Aus eigener Erfahrung wisse er, dass sich diese Staus relativ schnell auflösen betont **BM Iik** und eröffnet die Aussprache.

Dem hält Stadtrat Thomas **Lutz** entgegen, dass dort zu Spitzenzeiten sehr viele Autos unterwegs seien. Dies führe zu mindestens 4 Minuten Wartezeit, die auch nicht wieder aufgeholt werden könnte und wovon außerdem auch der Bus betroffen sei. Da liege es nahe, dass sich die Verkehrsteilnehmer eine Ausweichstrecke suchten. Außerdem erkundigt er sich, ob der ursprünglich für den Erhalt geplante Baum nun doch entfernt werden müsse. Die Verkehrssituation in diesem Bereich sei eher unbefriedigend und die im Feldversuch getestete Lösung nicht optimal. Er rät deshalb dazu, vor einer endgültigen Umsetzung nochmals alle Möglichkeiten genau zu betrachten.

Stadtrat **Gericke** hingegen sieht in dieser Lösung eine Verbesserung für alle Verkehrsteilnehmer. Er benennt die Vorteile, wozu vor allem das Plus an Sicherheit für die Fußgänger gehöre. Seine Fraktion werde der Vorlage daher zustimmen und bringe gleichzeitig den Antrag, Vorl. Nr. 160/15, ein. Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde damit im Sachzusammenhang der Antrag „Ausbau barrierefreie Bushaltestellen“ gestellt, der von der Verwaltung zur weiteren Bearbeitung entgegengenommen wird.

Stadträtin **Liepins** räumt ein, dass diese verkehrliche Lösung sicherlich Nachteile für den Kfz-Verkehr habe. Gleichzeitig aber verbessere sich die Situation für alle anderen Verkehrsteilnehmer und insbesondere für den ÖPNV. Da sich die angesprochene Wartezeit von 3-4 Minuten nur zu Spitzenzeiten ergäbe, sei dies ihrer Meinung nach vertretbar. Ihre Fraktion plädiere daher dafür, die

Verkehrsregelungen aus dem Feldversuch einschließlich der Verlegung des Fußgängerüberwegs dauerhaft zu übernehmen.

Als sehr gut beurteilt Stadträtin **Burkhardt** die Lösungen, wenn sie auch nicht ganz unkompliziert sei. Aus diesem Grund frage sich nach, ob die Konzeption mit den Busunternehmen abgestimmt sei.

Stadtrat **Lettrari** räumt ein, dass es oft auch in anderen Straßen, wie zum Beispiel der Oststraße, regelmäßig zu Staus käme, die häufig mit längeren Wartezeiten verbunden seien. Er spreche sich deshalb für die langfristige Umsetzung des Feldversuches aus.

Stadtrat **Link** kritisiert die Lösung aus dem Feldversuch und spricht sich stattdessen dafür aus, analog der Regelung in der Frankfurter Straße die Wartestelle nach hinten und damit vor die Rechtsabbiegespur zu verlegen.

Sowohl Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) als auch Herr **Nestmann** machen deutlich, dass die Situation nicht vergleichbar und damit die Lösung auch nicht übertragbar sei. Außerdem bestätigt Herr Nestmann, dass zum Beispiel die Oststraße deutlich mehr von Staus tangiert sei als die Schorndorfer Straße mit der neuen Regelung. Den von Stadtrat Thomas **Lutz** angesprochenen Baum zu erhalten sei Wunsch der Verwaltung gewesen, der sich nun aber nicht realisieren lasse. Mit Herrn Bänderle von der LVL finde ein regelmäßiger Austausch statt, deshalb wisse er, dass der ÖPNV ebenfalls mit dieser Lösung einverstanden sei.

TOP 6

Städtebaulicher Ideenwettbewerb
"Entwicklungsbereich Ost/Oßweil"
- Vergabe von Planungsleistungen

Vorl.Nr. 074/15

Beschluss:

Die Arbeitsgemeinschaft MESS GbR / urbane Gestalt / SHP Ingenieure wird auf Basis des Leistungs- und Honorarangebots vom 03.02.2015 in Höhe von **155.556,60 € zzgl. USt** (Stufe I) mit der Entwicklung und Konkretisierung eines Rahmenplans zum Entwicklungsbereich Oststadt und Oßweil beauftragt. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich des ausstehenden Gemeinderatsbeschlusses am 29.04.2015 (Vorl. Nr. 369/14).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Knoß
Stadtrat Lettrari

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Mit Verweis auf die Vorl. Nr. 074/15 erläutert BM **Ilk** den Unterschied zwischen der heute zu beschließenden Auftragsvergabe von Planungsleistungen an das Planungsteam MESS GbR und der in

der nächsten Sitzung des Gemeinderates anstehenden Beschlussfassung. Der Beschluss des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt befasse sich zwar bereits mit den nächsten Verfahrensschritten, setzte aber für den Vollzug die Zustimmung des Gemeinderates zum Grundsatzbeschluss der Vorl. Nr. 369/14 voraus.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert den bisherigen Prozessablauf. Er bedauere, dass bereits Zeit verloren wurde. Der gestiegenen Erwartungshaltung der Bevölkerung müsse deshalb unbedingt nachgegangen werden, weshalb er dazu rät, MESS GbR möglichst umgehend zu beauftragen.

Bevor BM **Ilk** zur Beschlussfassung aufruft spricht Stadtrat **Gericke** den Antrag seiner Fraktion, Vorl.Nr. 079/15 – Umgestaltung Mühlhäuser Straße – an. Dieser Antrag gelte als eingebracht und werde als Anregung für das weitere Verfahren mitgenommen, so BM **Ilk**.

| | | |
|---------|---|-----------------|
| TOP 6.1 | Umgestaltung Mühlhäuser Straße - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.02.2015 | Vorl.Nr. 079/15 |
|---------|---|-----------------|

Beratungsverlauf:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 079/15 wird eingebracht und als Anregungen für die weitere Planung mitgenommen.

Zum weiteren Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 6.

| | | |
|-------|--|-----------------|
| TOP 7 | Mehrgenerationenhaus Grünbühl/Sonnenberg, Außenanlagen - Beschluss zur Honorarerhöhung Planungsbüro H + H, Birke Hörner | Vorl.Nr. 137/15 |
|-------|--|-----------------|

Beschluss:

Die **Erhöhung des Honorars** vom Planungsbüro H + H, Birke Hörner für die Außenanlagen Mehrgenerationenhaus Grünbühl/Sonnenberg **von 50.000,-- € auf 57.600,-- €** wird genehmigt.

Die genehmigten Gesamtkosten (750.000,-- €) erhöhen sich dadurch nicht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ja 14 Nein 1 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf die Vorl. Nr. 137/15 und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Link** zeigt sich überrascht, dass die Mehrkosten nicht bereits im Vorfeld aus der Konkursmasse des ursprünglich beauftragten Bauunternehmers in Abzug gebracht worden seien. Schließlich seien sie absehbar gewesen. Er könne deshalb auch die Erhöhung des Architektenhonorars für den zusätzlichen Aufwand nachvollziehen. Nicht aber die Kostentragung durch die Stadt.

Nach Ansicht von Stadträtin **Burkhardt** fehle es an der ihrer Meinung nach notwendigen Ausschreibung. Aus diesem Grund habe sie bereits früher ihre Zustimmung zur Vergabe verweigert und könne dem zu Folge auch dieser Vorlage nicht zustimmen. Allerdings zweifle sie auch an der Rechtmäßigkeit der Vergabe per Verfügung.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) räumt ein, dass die Mehrkosten teilweise auch auf Änderungen zurück zu führen seien, die nicht zu Lasten der ausführenden Firma gingen. Wenn diese Änderungen auch Folge der Verzögerungen gewesen seien, so hätten sie, wie im Falle des Rollrasens, nicht zwangsläufig erfolgen müssen. Die ursprüngliche Vergabe der Planungsleistungen per Verfügung entspreche den Regelungen der Hauptsatzung. Da die Kosten nun aber über 50.000 Euro lägen, sei die dort festgelegte Höchstgrenze überschritten.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Rothacker** erklärt Herr **Kohler**, dass die eigentlichen Mehrkosten für den Rollrasen über die Position „Unvorhergesehenes“ gedeckt seien. Planerische Mehrkosten entstünden für diese Änderung zwar wie von Stadtrat **Link** festgestellt nicht. Aber durch die Erhöhung der Bausumme würde laut HOAI auch der Vergütungsanspruch höher.

Nachdem sich keine weiteren Fragen ergeben, stellt BM **Ilk** die Vorlage zur Abstimmung.

TOP 8

Kinderspielplatz Bessarabienstraße
- Entwurfs- und Baubeschluss

Vorl.Nr. 138/15

Abweichender Beschluss:

Entwurfs- und Baubeschluss:

Die Sanierung des Kinderspielplatzes Bessarabienstraße im Schlosslesfeld wird entsprechend der Entwurfsplanung (vgl. Anlage) des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen *mit verbesserten Bänken* umgesetzt.

Die Gesamtprojektkosten werden in Höhe von aufgerundet 195.000,-- € genehmigt.

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert kurz die Vorl. Nr. 138/15 und erinnert an die

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 23.04.2015

Überführung der Aufgaben der früheren Kinderspielplatzkommission an den Beirat für Umwelt und Landwirtschaft (BUL). Dieses Gremium habe der Planung bereits einstimmig zugestimmt, verbunden mit dem Wunsch, zusätzlich Möglichkeiten für Jugendliche zum sogenannten Chillen zu schaffen. Obwohl es sich um die Sanierung eines bestehenden Spielplatzes handle, sei die Maßnahme doch sehr umfangreich und damit auch relativ kostenintensiv. Wenn der Planung in der heutigen Sitzung zugestimmt werde, so erfolge die Umsetzung noch im Sommer 2015.

Anschließend übergibt er das Wort an Frau **Reyser** (FB Tiefbau und Grünflächen), die die Planung erläutert. Dabei geht sie darauf ein, was vom bereits bestehenden Spielplatz erhalten werden könne und welche Teile erneuert würden. Anhand des Planes zeigt sie die Flächen für die Bepflanzung und die sich aus dem Gesamtkonzept ergebenden Flächen, die für die gewünschten Jugend-Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Stadtrat Thomas **Lutz** bedankt sich, dass die Anregungen aus dem BUL aufgegriffen worden seien. Die vorgesehenen Bänke seien seiner Auffassung nach das Richtige. Die Jugendlichen würden sich den Raum ohnehin nehmen, da sei es nur folgerichtig, ihnen ein entsprechendes Angebot zu machen.

Stadträtin **Steinwand** freut sich über die gelungene Planung, die Rücksicht nehme auf die Nachbarschaft und trotzdem ein Minimalangebot für die Jugendlichen vorsehe.

Seine Zustimmung signalisiert auch Stadtrat **Juranek**, der die Maßnahme insgesamt für sinnvoll und gelungen hält.

Insgesamt finde die Planung auch die Zustimmung von Stadtrat **Rothacker**. Er habe allerdings Zweifel an der Geeignetheit der vorgeschlagenen Jugendbänke. Er fürchte, dass das Material im Winter sehr kalt sei. Zudem versichert er sich, dass Mülleimer in ausreichender Zahl vorgesehen seien. Darüber hinaus nutzt er die Gelegenheit, sich nach den für den Reithausplatz geplanten Spielgeräten zu erkundigen.

Die Planung sei außerordentlich überlegt, lobt Stadträtin **Burkhardt**, die wissen wolle, inwieweit Kinder in die Planung einbezogen worden seien.

Diese Frage stelle sich auch für Stadtrat **Dengel**, der darüber hinaus vorschläge, Kinder und Jugendliche auch an der Aufstellung der Spielgeräte zu beteiligen. Unter Umstände führe das dazu, dass die späteren Nutzer mehr Sorgfalt walten ließen.

Stadtrat **Link** kritisiert die mit 140 € pro Quadratmeter angegebenen Kosten. Für eine Erneuerungsmaßnahme seien die Kosten zu hoch, zumal teilweise für Neuanlagen weniger kalkuliert worden sei.

Bei ihrer Beurteilung im Detail geht Stadträtin Dr. **Knoß** unter anderem auf den gelungen Mittelbereich des Spielplatzes ein. Weniger gut beurteilt sie die im Sandkasten endende Rutschbahn, die damit eine Gefahrenquelle darstelle. Zwei Sitzbänke am Sandkasten seien zu wenig und Sitzgelegenheiten für die Jugendlichen sollten einander zugewandt und am besten erhöht sein. Aufgrund ihrer Beobachtungen zweifle sie daran, dass der geplante Stelzenparcours angenommen werde und schlägt stattdessen eine Seilbahn vor.

Bei der Beantwortung der Fragen aus dem Gremium räumt Herr **Kohler** ein, dass es durchaus sinnvoll sein könne, die Bänke für die Jugendlichen gegenüber voneinander oder im Winkel zueinander aufzustellen. Da es sich nicht um eine Neuanlage des Spielplatzes handle, habe man davon abgesehen, daraus ein Beteiligungsprojekt für Kinder und Jugendliche zu machen. Da es aus der Nachbarschaft in der Vergangenheit bereits massive Beschwerden gegeben habe, müsse darauf in der Planung unbedingt Rücksicht genommen werden. Eine Seilbahn sei tatsächlich ein attraktives Spielgerät, das gerne angenommen werde, aber auch sehr viel Platz in Anspruch nehme und deshalb hier nicht untergebracht werden könne. Die Höhe der Kosten ergäbe sich zum einen aus der Auswahl hochwertiger Spielgeräte und zum anderen daraus, dass darin auch die Kosten für die Herstellung der Wege enthalten seien. Unter Umständen brächten die Ausschreibungen günstigere Preise.

Frau **Reyser** ergänzt, dass immer ein Müllereimer pro Bank geplant sei. Grundsätzlich sei man sich bei der Planung der Problematik der im Sandkasten auslaufenden Rutschbahn bewusst gewesen. Da die Bahn jedoch relativ flach sei, entwickelten sich beim Rutschen keine hohen Geschwindigkeiten. Bei der von Stadträtin Dr. **Knoß** angeregten Turm-Sitz-Kombination fürchte sie die Beschwerden der Nachbarschaft.

Stadtrat Thomas **Lutz** überlegt, zunächst die Anregungen vom Fachbereich einarbeiten zu lassen, um dann auf der Grundlage einer fortgeschriebenen Planung einen entsprechenden Beschluss fassen zu können.

Aufgrund der Diskussion um geeignete Sitzgelegenheiten für Jugendliche schlägt BM **Ilk** vor, den Beschluss dahingehend zu ergänzen, dass die Entwurfsplanung vor der Umsetzungen noch um verbesserte Bänke ergänzt werde aber auf eine erneute Beratung verzichtet werde. Diesem Vorschlag stimmt das Gremium einmütig zu.